

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1948**

15 (24.2.1948)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Erscheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsbetrag: Mk 1,60 einschl. Trägerlohn, durch die Post Mk 1,84. Anzeigen nach Tarif gegen Kassenkarte ausweis / Anzeigen- und Redaktionschluss Mittwoch und Samstag 14 Uhr

KREISAUSGABE

STADT UND LANDKREIS LAHR

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2365 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4400 Bankkonto: Deutsche Bank, Zweigst. Lahr / Keine Ersatzsp. bei Störungen durch hoh. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr

NR 15 / 2. JAHRG.

DIENSTAG, DEN 24. FEBRUAR 1948

PREIS 20 PFENNIG

Revolution der tschechischen Kommunisten

Ministerflucht aus Kabinett Gottwald — Mobilmachung der Arbeiterschaft — Kampftrut gegen die „Reaktion“

Prag. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht die Tschechoslowakei am Vorabend einer umwälzenden innenpolitischen Krise, wenn nicht schon mitten in ihr. Bereits haben Agitation und die von den Kommunisten aufgezogenen und mobilisierten Massen, die Straßen in Prag erobert. Nach berühmten und berechtigten Vorbildern, für die die benachbarten Balkanstaaten den Schauplatz abgaben, lassen die Kommunisten, in diesem Falle der kommunistische Ministerpräsident Clement Gottwald, die Maske fallen und betreiben mit allen Mitteln der Agitation und Gewalt die Errichtung einer rein kommunistischen Volksrepublik.

Den Auftakt der teilweise tumultuarischen Ereignisse bildet die

Regierungskrise, hervorgerufen durch die Versuche der kommunistischen Zellenbildung in der Polizei.

Dazu kommt der Versuch der Kommunisten, den für den vergangenen Sonntag einberufenen Gewerkschafts- und Bauernkongress zu Parteizwecken zu mißbrauchen.

Nationalfront erschüttert

Das die unter dem Tarnnamen „Nationalfront“ zusammengefaßte Koalition der tschechischen Regierungsparteien geplättet ist, zeigt die Tatsache, daß zunächst einmal die sozialistisch-nationalen, tschechisch-katholischen und slowakisch-demokratischen Stellvertreter der Ministerpräsidenten es ablehnten, an einer Sitzung des Regierungspräsidiums teilzunehmen, bevor nicht ihre Forderungen auf Einstellung der Bildung von kommunistischen Polizeizeilen erfüllt seien. Aus dem gleichen Grunde weigerten sich die Führer der nichtkommunistischen Parteien, weiterhin mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Inzwischen haben aus Protest gegen die Politik der kommunistischen Partei die Minister der tschechischen katholischen Volkspartei, die demokratischen slowakischen und auch die volkssozialistischen tschechoslowakischen Minister Präsident Benesch ihr Rücktrittsgesuch unterbreitet.

Die Sozialdemokratische Partei, die als Achse der bisherigen Regierungskombination anzusprechen ist, hat sich dem Vorgehen der übrigen Parteien nun ebenfalls angeschlossen.

Kommunistische Demonstrationen

Auf die Nachricht des Rücktritts eines Teils der Minister wurde eine Massenversammlung der Belegschaft der bedeutenden Werke Kolben-Danek in Prag, die etwa 10 000 Arbeiter haben, im Werk selbst einberufen. Die Leitung der kommunistischen Partei hat die allgemeine Mobilmachung der Arbeiterschaft angeordnet, um die Regierung Gottwald zu unterstützen. Umzüge mit Tausenden von Demonstranten marschieren zu den Versammlungsplätzen. In einer Verlautbarung der kommunistischen Partei wird erklärt, die Regierung habe beschlossen, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen die „Sache der Volksdemokratie“ zu verteidigen. „Die drei Parteien — so fügt das Kommuniqué hinzu — „haben eine umstürzlerische Haltung angenommen.“ (1)

Den nach Prag einberufenen „Arbeiterkongress“ bezeichnet die kommunistische Presse als „Parlament der Arbeiter“ und als „die größte Abgeordnetenversammlung der Republik“, ungeachtet der Tatsache daß es auch in der Tschechoslowakei nur ein Parlament gibt, nämlich die gesetzgebende Nationalversammlung. Allem Anschein nach versuchen die Kommunisten, das verfassungsmäßige Parlament auf kalten Wege zu beseitigen. Darauf deuten auch die agitatorischen Ausführungen des Ministerpräsidenten Gottwald hin. Der wahre Grund für den Rücktritt der drei Minister sei der, daß „die von der ausländischen Reaktion unterstützte tschechoslowakische Reaktion“ die Aufrechterhaltung der Regierung und die Abstimmung über eine demokratische Verfassung verhindern, sowie die brüderlichen Bande, die die Tschechoslowakei mit der Sowjetunion verbinden, zerreißen wolle. Gottwald rief alle Tschechen und Slowaken zur Wachsamkeit auf, damit jeder Provokationsversuch der Reaktion schon im Keim erstickt werden könne. Der Ministerpräsident schloß mit der Versicherung, daß das tschechoslowakische Volk seinen Willen durchzusetzen verstehen würde, und im Hinweis auf die Devisen Masaryks und der Republik „die Wahrheit wird siegen“, rief er aus „unsere Wahrheit wird siegen.“ (?) Wie verlautet, geht sein Plan dahin, die Regierung durch Einbeziehung von Per-

sönlichkeiten verschiedener Parteigruppen die das „arbeitende Volk“ vertreten, zu ergänzen. Diese Forderung wird noch unterstrichen durch ein

Schreiben der kommunistischen Parteileitung an Präsident Benesch, das ihn auffordert, dem „Willen des tschechischen Volkes“ zu entsprechen und das Rücktrittsgesuch der nichtkommunistischen Parteien angehörenden Minister anzunehmen. Vor dem Arbeiterkongress betonte Gottwald am Sonntag in ähnlichem Sinne:

„Die Vertreter der inneren und äußeren Reaktion dürfen nicht wieder in die Regierung zurückkehren. Es ist wichtig, daß sich die ganze Welt darüber Rechenschaft gibt: Wir verlangen, daß die Regierung von Männern vervollständigt wird, die der nationalen Front treu sind.“

Was macht Benesch?

Nach den heftigen Worten, die Gottwald am Sonntag sprach, ist eine Verständigung zwischen den Kommunisten u. den demokratischen Parteien in der Tschechoslowakei un-

möglich geworden, sie bedeuten auch einen offenen Bruch mit dem Staatspräsidenten Benesch.

Der Konflikt zwischen der kommunistischen Partei und Präsident Benesch scheint unvermeidbar geworden. In parlamentarischen Kreisen betont man, daß Präsident Benesch nach der Verfassung das Recht hat, die Rücktrittserklärungen der Minister der drei Parteien zurückzuweisen, die Regierung in ihrer vorübergehenden Zusammensetzung zu bestätigen und ihr den Auftrag zu erteilen, in einer Frist von 6 Wochen Wahlen auszusprechen. Die Entscheidung des Präsidenten Benesch steht noch aus. Anscheinend bereiten sich die Kommunisten darauf vor, für die Wahlen Einheitslisten aufzustellen. Was die tschechischen Kommunisten heute unternehmen, ist nach einem Worte des Außenhandelsminister Ripke die Revolte einer kleinen Minderheit gegen die große Mehrheit.

In diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, wenn der Kreml beschlossen haben sollte, Gewalt anzuwenden, werde die Tschechoslowakei zweifellos zum bedeutendsten Schauplatz der russisch-amerikanischen Auseinandersetzungen.

Wird das Rheinland zeitlich unbegrenzt besetzt?

Die Dreier-Konferenz in London hat begonnen

London. In London ist man in keiner Weise darauf neidisch, daß Paris zur Stätte der Tagung der Vereinten Nationen ausgewählt wurde. Man fühlt sich durch wichtige internationale Konferenzen, die in diesen Wochen in London stattfinden, entschädigt.

Der Staatsvertrag mit Österreich

Das Hauptinteresse konzentriert sich im Augenblick auf die Oesterreich-Konferenz, die am 20. Februar begonnen hat und auf der sich entscheiden wird, ob es in naher Zukunft zum Abschluß des Friedensvertrages mit Oesterreich kommt. Pessimismus und Optimismus halten sich bezüglich des Ausgangs dieser Konferenz ungefähr die Waage. Man weiß, daß die Abstriche von den Reparationsforderungen an Oesterreich, welche die Sowjetunion vorgenommen hat, vor allem von den Vereinigten Staaten nicht als ausreichend angesehen werden.

Um die Trizone

Die zweite, für uns Deutsche bedeutendere Konferenz ist die der drei Mächte (Frankreich, Großbritannien und USA), die gestern nunmehr endgültig mit der Bearbeitung des deutschen Zonenproblems begonnen hat.

Ihre Hauptaufgabe sieht man allgemein darin, die Vorbedingungen des Anschlusses der französischen Zone an die Bizone herauszuarbeiten und wenn möglich zu erfüllen.

Es gibt jedoch in englischen politischen Kreisen nicht viele, die glauben, daß das eine

ganz leichte Aufgabe sein werde. Man hat vielfach Zweifel, daß diese erste Konferenz bereits zu endgültigen Ergebnissen führen wird. Schon der erste am Montag behandelte Punkt, die Form und das Ausmaß der Zu-

Lokomotive fährt in Haus

Zürich. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Sonntag, als ein mit Sportlern besetzter und nach Zürich fahrender Zug auf stark abfallender Strecke nicht mehr bremsen konnte. Die Lokomotive entgleiste und fuhr in ein Haus hinein, das die Lok unter den Trümmern begrub. Vier Wagen des Zuges wurden völlig zertrümmert. Zahlreiche Insassen wurden getötet und viele verletzt.

lassung der Benelux-Staaten zur Konferenz, könnte zu Komplikationen führen.

Einer der schwierigsten Punkte der Tagesordnung ist weiter

die Frage der Sicherheit, besonders wenn der französische Delegierte Massigli tatsächlich, wie man hier glaubt, die Anweisung erhalten hat, auf einer zeitlich unbegrenzten Besetzung der Rheinlande zu bestehen.

Dreimächte-Abkommen über Saargebiet

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Saar und Deutschland — Kürzung des französischen Reparationsanteils

Paris. Gleichzeitig in Paris und London wurde der Text eines neuen Abkommens bekanntgegeben, durch das im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Angliederung des Saargebietes an Frankreich gewisse technische Fragen geregelt werden.

Das neue Abkommen regelt vor allem drei Fragen:

1. Das Saarkohlenproblem bzw. die Herausnahme der Saarkohle aus dem allgemeinen deutschen Kohlen-Pool.
2. Eine Vereinbarung wurde darüber getroffen,

in welcher Höhe der Anteil Frankreichs an den Reparationslieferungen durch die wirtschaftliche Angliederung des Saargebietes verkürzt werden soll.

Sie sind übereingekommen, hierfür eine Gesamtsumme in Höhe von 70 Mill. RM (Wert von 1938) in Absatz zu bringen und haben sowohl den Kontrollrat wie die Internationale Reparationsagentur hiervon verständigt.

3. Ueber den Handel zwischen dem Saargebiet und der Bizone wurde ein Abkommen vereinbart, das vorsieht, daß der Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und Deutschland mit Wirkung ab 1. April d. Js. den Charakter eines Außenhandels annimmt und als solcher behandelt wird.

Schließlich kam man überein, die Handelsbeziehungen zwischen den drei westlichen Besatzungszonen zu überprüfen und der neuen Lage anzupassen, so, wie sie durch die Angliederung des Saargebietes an Frankreich geschaffen wird. Es sollen gemischte Kommissionen gebildet werden, die die Entwicklung des Warenverkehrs im laufenden Jahr überprüfen und vor allem dafür sorgen sollen, daß der Warenaustausch zwischen den einzelnen Besatzungszonen nach Möglichkeit ausbalanciert wird.

Das Erbe

G.A. Außergewöhnliche Jahre waren es, die Jahre 48. Reich an Ereignissen. Revolutionen, Kriege und Friedensschlüsse wechselten einander ab, zum Wohl oder Unsegen eines Volkes beiträgend. Sich in einem 48er Jahr ergebende Entscheidungen waren nachhaltig und irgendwie von ungewöhnlicher Bedeutung. 1948 ist daher ein Jahr der Jubiläen. Vor dreihundert Jahren wurde der Dreißigjährige Krieg durch den Westfälischen Frieden beendet, der das endgültige Ausscheiden der Schweiz und Hollands aus dem deutschen Reichsverband brachte; hundert Jahre später, 1748, fand der österreichische Erbfolgekrieg im Frieden von Aachen seinen Abschluß, der wesentlich zur Sicherung des europäischen Gleichgewichts der damaligen Zeit beitrug. Das Jahr 1848 aber war das bedeutendste der 48er Jahre. Abgesehen von den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, und abgesehen von dem Erscheinen des von Marx und Engels verfaßten kommunistischen Manifestes war die Pariser Februarrevolution im wahrsten Sinne des Wortes von weltgeschichtlicher Bedeutung und hat das Bild von Europa grundlegend verändert.

„Solange die Sonne am Firmament steht und die Planeten um sie herumkreisen, war das nicht gesehen worden, daß der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem anbaut“, so hat Hegel die geschichtliche Bedeutung der Französischen Revolution umschrieben. Die 1789 begründeten und in der Juli-Revolution von 1830 erneuerten demokratischen Rechte Frankreichs schienen gefährdet. Die „Pressfreiheit“ und jegliche demokratische Gesinnung wurden unterdrückt. So genannte „Reformankette“, in denen man der Unzufriedenheit Ausdruck verlieh, wurden verboten. Das französische Volk, von jeher freiheitsliebend, wehrte sich erbittert gegen die Eingriffe in seine Handlungsfreiheit und veranstaltete nunmehr Demonstrationen, die sich unter Rufen, wie: „Es lebe die Reform!“ nach den Ministerien bewegten, um dort ein neues Kabinett und eine gerechtere Wahlordnung zu fordern. Die Menge stürzte sich vor dem Außenministerium. Und als ein Wachtroß von unversehens einen Schuß abgab, galt dies als Signal der Erhebung. Man blinderte die Waffentüren und wehrte sich gegen die Angriffe der Reitertruppen. Barrikaden — das Symbol von 1848 — wurden errichtet.

Republikaner und Legitimisten erzwangen dann am 24. Februar 1848 die Abdankung des mißliebigen Königs Louis Philippe. Die Republik ward ausgerufen. Das Emblem der Bourbonen wurde abgeschafft; an seine Stelle trat wieder die Trikolore, das Zeichen der revolutionären Errungenschaften: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die Lösung des Staates von der Dynastie des Monarchen war das erste Ergebnis der Französischen Revolution, die Begründung einer neuen Gesellschaftsordnung das letzte. Von nun an beruht der Staat nicht mehr auf dem Fürstenhaus und auf der von ihm bestellten Obrigkeit, sondern auf der Gesamtheit des Volkes. Die neue Ordnung basierte auf den Grundsätzen der persönlichen Freiheit und der rechtlichen Gleichheit, sie gab durch das Prinzip der Vertretung dem Einzelnen Anteil am Staate.

Die bewegten Tage des 22. und 24. Februar 1848 in Paris waren der Anlaß zu Volks-erhebungen auch in den anderen europäischen Ländern. In Ueberschätzung des revolutionären Schwunges kam es zu Kabinettsstürzen und Abdankungen gekrönter Häupter; als jedoch dann der Legitimismus zum Gegen-schlag ausholte, gelang es ihm fast überall, mit Leichtigkeit die verlorenen Positionen zurückzugewinnen. Die nationalen Freiheitsbestrebungen der unselbständigen Völker, so bei den Tschechen und Ungarn, die Einigungsbemühungen in Italien und, worüber zu einem späteren Zeitpunkt zu berichten sein wird, in Deutschland, waren nach verheerenden Anfängen zum Scheitern verurteilt.

Das Jahr 1848 entfesselte aber auch die nationalen und sozialen Konflikte, vergrößerte die Feindschaft zwischen Radikalen und Liberalen, die ein Jahrhundert später zur Katastrophe in Europa führte. Und wenn wir einen Ausspruch Professor Namiers zitieren dürfen, der sagte, „mit 1848 beginnt der große europäische Krieg jeder Nation gegen ihren Nachbarn“, so offenbart sich darin die ganze Tragik unserer Zeit. Daß die Gestaltung eines Staates, auch die des deutschen, zugleich eine europäische Frage ist, hatten wir und auch die anderen 1848 und ebenso nach 1933 übersehen. Es ist schon so, wie Professor Hartung dieser Tage anläßlich eines Vortrages über die europäische Bedeutung des 48er Revolutionsjahres in Berlin sagte, daß die Geschichte lehrt, daß wir nur als

Glied der europäischen Staatengemeinschaft unsere Stellung in der Welt finden können. Denn, ausgehend von der Pariser Februar-Revolution, wurde der Charakter eines jeden europäischen Landes ja wesentlich von dieser Revolution bestimmt und weist somit seitdem gewisse gemeinsame und allen europäischen Ländern eigene Züge auf. Es wäre daher keineswegs absurd, zu behaupten, ein „Europäer“ sei eigentlich das Erbe von 1848. Diese Erkenntnis und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen sollte man bei den gegenwärtigen internationalen politischen Besprechungen beachten, will man eine weitere Erbschaft der Französischen Revolution erhalten: die Gedanken der persönlichen Freiheit, der allgemeinen Menschenrechte. Sie zu wahren und zu achten ist heilige Verpflichtung.

Weltbund Junger Liberaler tagte in Paris

Hamburg. An der 1. Sitzung des Exekutiv-Komitees Junger Liberaler, die dieser Tage in Paris stattfand, nahm als Vertreter der deutschen liberalen Parteien Edgar Engelhard, Hamburg, teil. Die Sitzung ergab erneut Gelegenheit mit den liberalen Parteien des Auslandes in ein Gespräch zu kommen, und es ist zu erwarten, daß sich in Zukunft die Zusammenarbeit zwischen den Liberalen der einzelnen Länder enger gestalten wird. Die nächste Tagung der Liberalen Internationale wird Ende Mai stattfinden. Zum gleichen Zeitpunkt wird der Vorstand des Weltbundes Junger Liberaler zu seiner zweiten Sitzung zusammentreten. Von schwedischer Seite wurde angeregt, die übernächste Vorstandssitzung der Jungen Liberalen in Hamburg stattfinden zu lassen.

Röchling-Prozeß vertagt

Rastatt. Im Röchling-Prozeß wurde bekannt gegeben, daß das Gericht dem am 16. Februar durch die Verteidigung eingebrachten Antrag, in die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Dokumente Einsicht nehmen zu dürfen, in gewissem Umfang stattzugeben hat. Um den Verteidigern Zeit zum Studium dieser Akten zu geben, will das Gericht den Prozeß bis zum 8. März vertagen. Vor der Vertagung verlas der Generalstaatsanwalt noch das umfangreiche Anklageexposé.

Zeitgeschehen - kurz berichtet

Deutsche „CAMEL“ in Aussicht! Die Tabakwaren-Industrie der britischen Zone beginnt jetzt mit der Herstellung von Zigaretten aus reinem amerikanischen Tabak. Die Zigarette, deren Preis zwanzig Pfennig beträgt, soll sich nur unwesentlich in Geschmack und Aussehen von der bekannten amerikanischen „CAMEL“-Zigarette unterscheiden.

Der ungarisch-sowjetische Pakt. Der ungarisch-sowjetische Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspakt, der in Moskau unterzeichnet wurde, enthält 6 Bestimmungen, darunter eine für den wechselseitigen Beistand in dem Falle, da eine der vertragschließenden Parteien durch Deutschland oder durch einen Angriffskrieg, der gemeinsam mit Deutschland durchgeführt wird oder ferner durch jeden anderen Staat, der sich direkt oder in irgendeiner anderen Form für eine Angriffshandlung an Deutschland anschließt, in einen Krieg hineingezogen würde.

Wohl es ihm in Deutschland so gut geht! Der 27-jährige Amerikaner Henry Noel, der in Kassel seit dem 6. Okt. vergangenen Jahres auf der Baustelle des durch

Bomben zerstörten Diakonissen-Krankenhauses als Bauarbeiter tätig ist und von deutschen Lebensmittellieferanten lebt, erklärte, er arbeite in Deutschland, weil es ihm dort so gut gefalle.

1000 deutsche Geschäftsleute werden 1948 nach den USA reisen. Auf Einladung der deutsch-amerikanischen Handelskammer in New-York werden im Laufe dieses Jahres etwa 1000 Geschäftsleute der Bizonie in die USA reisen, um den amerikanischen Markt kennenzulernen und alte Geschäftsverbindungen neu anzuknüpfen. Eine erste Gruppe von 96 deutschen Kaufleuten wird im Laufe des kommenden Monats die Reise antreten.

Ein Weißbuch über die Landesverteidigung, das in London veröffentlicht wurde, stellt unter anderem fest, daß die Effektivstärke der britischen Armee in der Zeit vom 31. März 1948 bis 31. März 1949 von 940 000 Mann auf 617 000 Mann herabgesetzt werden soll. Das Budget der englischen Landesverteidigung soll bis zu diesem Zeitpunkt 631 645 000 Pfund gegenüber 867 689 000 Pfund im Haushaltsjahr 47/48 betragen.

Die Kirche zur Agrarreform

Die Durchführung der Agrarreform berührt auch den Landbesitz der Kirchen. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieses Gesetzes wird die Stellungnahme der Kirchen in weitesten Kreisen des Volkes mit großem Interesse verfolgt. In dem Bericht des Rechtspflegerausschusses betonte ein Sprecher der CDU, „es sei nicht daran zu zweifeln, daß die beiden größten Kirchen, samt der ihnen zugehörigen kirchlichen Vermögenseigentümer, durch freiwillige Zurverfügungstellung von Land zur Behebung der gegenwärtigen sozialen Not das Ihrige beitragen würden. Dies sei aus Verlautbarungen der Fuldaer Bischofskonferenz und einer Konferenz der evangelischen Landesbischöfe in Hannover vom letzten Jahre eindeutig zu entnehmen.“

Wir veröffentlichen nachstehend die Antworten der Kirchen an das badische Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Evangelischer Oberkirchenrat:

Mithilfe für Siedlungszwecke

Bei der Beratung eines Gesetzes über Agrarreform ist auseinanderzuhalten die Abgabe von Boden zur Siedlung der Neubürger und die Zerschlagung des Großgrundbesitzes zur Entmächtigung der Eigentümer desselben.

1. Die Evangelische Kirche hat mehrfach erklärt, daß sie gewillt ist, bei der Bereitstellung von Land für Siedlungszwecke mitzuhelfen. Seit dem Jahre 1920 sind bereits 6 Prozent unseres Kirchenbesitzes vor allem für Siedlungszwecke und für andere öffentliche Aufgaben abgetrennt worden.

2. Die Verteilung des landwirtschaftlich genutzten Landes ist in Baden so, daß 81 Prozent bäuerliches Eigentum sind. Von den übrigen 19 Prozent haben fast die Hälfte die bürgerlichen Gemeinden im Besitz, während auf die beiden Kirchen nur 2,1 Prozent entfallen, also die Evangelische Kirche mit knapp 1 Prozent beteiligt ist. Da es in erster Linie Aufgabe der bürgerlichen Gemeinden ist, für Siedlungszwecke das nötige Bau- und Gartenland zur Verfügung zu stellen, und nach den hier gegebenen Zahlen sie dies auch können,

wird in einem Gesetz vor allen Dingen die Verpflichtung zur Landabgabe für Siedlungszwecke den bürgerlichen Gemeinden aufzubürden sein.

3. Für die Durchführung einer Agrar- oder Bodenreform kann der kirchliche Grundbesitz im wesentlichen nicht in Frage kommen. Denn es kann doch wohl nicht davon die Rede sein, daß die Kirche wie private Latifundienbesitzer zu entmachten sei.

4. Einer umfangreicheren Enteignung des kirchlichen Grundbesitzes steht weiterhin folgendes entgegen. Nach Artikel 3 des Evangelischen Kirchenvertrags vom 14. Nov. 1932 wird das Eigentum und andere Vermögensrechte der Evangel.-protestantischen Landeskirche Badens, ihrer öffentlich rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reiches gewährleistet. Damit hat der Badische Staat einen besonderen Schutz des kirchlichen Eigentums gegeben, der einer beliebigen gesetzlichen Verfügung über kirchlichen Grundbesitz im Wege steht.

Diese Bestimmung ist nicht gewährleistet worden, um der Kirche ein besonderes Privileg zu geben, sondern weil dem kirchlichen Grundbesitz eine ganz andere Funktion zufällt, als dies etwa beim privaten Grundbesitz der Fall ist.

a) Der kirchliche Grundbesitz ist belastet mit Verpflichtungen zum Bau bestimmter Kirchen und Pfarrhäuser und zur Leistung von Beiträgen für Pfarrbesoldung.

b) Wird der kirchliche Grundbesitz gegen Entschädigung enteignet, so wird nach den Erfahrungen des letzten halben Jahrhunderts dieses Geldkapital in absehbarer Zeit im wesentlichen entwertet sein. Die Kirche würde dann die Basis verlieren, von der aus sie die großen Bau- und Kompetenzverpflichtungen erfüllen kann.

c) Dem kirchlichen Grundbesitz kommt demnach nicht nur zu, irgend eine Vermögensanlage zu sein, wie bei einem privaten Vermögenseigentümer, sondern er hat die Aufgabe auf zeitlich unbegrenzte Dauer unerlässliche Einrichtungen der Kirche, der wirtschaftliche Ausstattung des geistlichen Amtes und die Erhaltung der notwendigen Baulichkeiten mit zu gewährleisten.

5. Schließlich muß auch darauf hingewiesen werden, daß der kirchliche Grundbesitz im wesentlichen Streubesitz in der Hand von Kleinpächtern ist. Ihn für Siedlungszwecke zu verwenden, würde bedeuten, die Altbürger auf Kosten der Neubürger zu überlassen, würde, wie aus Ziffer 4 sich ergibt, heißen, die Kirche letztlich entschädigungslos zu expropriieren, was sicherlich nicht beabsichtigt ist.

Erzbischöfliches Ordinariat:

Abgabe zur Stärkung selbständigen Bauerntums

Wir haben von dem Entwurf zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Bodenverteilung und Bodennutzung (Agrarreformgesetz) Kenntnis genommen. Der für die Kirche maßgebliche Artikel 7 hat danach folgenden Wortlaut:

„Grundbesitz des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der weltlichen Stiftungen, der Kirche (der kirchlichen Körperschaften, Stiftungen, Anstalten, Vereine und religiösen Genossenschaften) und der sonstigen Personen des öffentlichen Rechts, kann zur Landabgabe für die Zwecke dieses Gesetzes in gleichem Umfang herangezogen werden wie privates Grundeigentum.“

Für die Landabgabe von Grundeigentum der Kirche (der kirchlichen Körperschaften, Stiftungen, Anstalten, Vereine und religiösen

Genossenschaften) ist die Zustimmung der kirchlichen Aufsichtsbehörde erforderlich.

Im Zweifelsfall entscheidet darüber, ob es sich um Eigentum der Kirche im Sinne des Absatzes 1 handelt, das Ministerium des Kultus und Unterrichts nach Anhörung der kirchlichen Aufsichtsbehörde.“

In dem dortigen Schreiben vom 15. ds. Mts. Nr. Allg. 122 wird mit Recht darauf hingewiesen, daß der Kirche auf Grund der Konkordate eine besondere Rechtsstellung zukomme. Nach Artikel 5 Ziffer 1 des Badischen Konkordates wird das Eigentum und andere Vermögensrechte der katholischen Kirche in Baden, ihrer öffentlich rechtlichen Anstalten und Stiftungen sowie der Orden und religiösen Kongregationen nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reiches gewährleistet. Diese Garantie wird in gleicher Weise durch das Reichskonkordat (Artikel 17 Absatz 1) gegeben. Die Bestimmung der in Frage stehenden Weimarer Verfassung ist in Artikel 138 Absatz 2 enthalten und ist übernommen in den Artikel 35 Absatz 1 Seite 1 der Verfassung des Landes Baden. Wir bemerken, daß die kirchliche Zustimmung an die Ermächtigung des Apostolischen Stuhles geknüpft ist, da für die konkordären Abmachungen seitens der Kirche nur der Hl. Stuhl Vertragspartner ist.

Darüber hinaus wird die katholische Kirche im Lande Baden sich der Notwendigkeit, die aus sozialen und agrarpolitischen Gründen sich ergeben, nicht verschließen und

bereit sein, von ihrem liegenschaftlichen Besitz für die Zwecke „der Erhaltung und Kräftigung eines selbständigen Bauerntums und der gesunden Verteilung und Nutzung landwirtschaftlich nutzbaren Bodens“ zur Verfügung stellen.

Man wird in diesem Zusammenhang aber nicht übersehen dürfen, daß die Kirche eine große Mission zu erfüllen hat, daß sie hierzu materieller Hilfe bedarf, und daß sie die hierfür erforderlichen Gelder nicht alle auf dem Steuerweg aufbringen kann. Dazu ist der kirchliche Besitz an Grund und Boden in Baden nicht erheblich. Er beträgt etwa 1,02 Prozent. Die Hälfte entfällt auf den Waldbesitz. Allgemein ist bekannt, daß die katholische Kirche große Verluste in der Säkularisation erlitten, und daß auch das Stiftungsgesetz vom Jahre 1870 auf der gleichen Linie sich bewegt hat.

Wir wiederholen unsere Bereitschaft, im Rahmen der Möglichkeiten einen Beitrag zur Verwirklichung der erstrebten Agrarreform zu leisten.

Die Kältewelle über Europa

Paris. Die aus Sibirien kommende Kältewelle beherrscht jetzt fast ganz Europa. Aus Moskau werden Temperaturen von — 22 Grad gemeldet, aus Warschau — 11, Berlin hatte am Samstag mit — 17 die kälteste Nacht dieses Winters. Auch in Athen und London ist das Thermometer auf unter Null zurückgegangen. In Italien fiel stellenweise über 1 m Schnee. An der norwegischen Küste jedoch herrscht die mildere Meeresluft, die Temperaturen schwanken zwischen plus 2 und plus 6 Grad. Letzten Meldungen zufolge sollen die Temperaturen in Sibirien wieder etwas ansteigen.

„DAS NEUE BADEN“

Verantwortlicher Redakteur: Günter Asmann
Anschr. der Redakt.: Lahr/Schw., Postf. 270, Tel. 2365
Verlag: Demokratische Verlags- und Druck-Druck: Moritz Schauberg, Lahr/Schw. — K. & H. Greiser, Rastatt (Baden) — Südwestdruck K.-G., Lorrach. — A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).

Beisetzung von Dr. Gröber

Dr. F. Freiburg. (Eigener Bericht.) Am Freitag um 9 Uhr wurde Erzbischof Dr. Conrad Gröber unter der Anteilnahme der gesamten Freiburger Bevölkerung zu Grabe getragen. Bereits um 8 Uhr füllte sich das Münster; sammelte sich die Volksmenge trotz der großen Kälte auf dem Münsterplatz. Hoch vom Münstersturm grüßten die päpstlichen Farben. Sämtliche Glocken läuteten. Der Leichenzug bewegte sich vom Ordinariat in der Burgstraße zum Münsterplatz, am Kaufhaus vorbei und durch das Hauptportal in das mächtige Kirchenschiff. Vertreter der katholischen Studentenschaft und den Alumnus des Erzbischöflichen theologischen Konviktes eröffneten den Zug. Es folgten die Vertreter kirchlicher, staatlicher und städtischer Behörden und Organisationen und die Vertreter auswärtiger Diözesen, Prälaten und Äbte, die Bischöfe, der zelebrierende Priester mit Gefolge, ein Geistlicher mit den erzbischöflichen Insignien, zwei Akolythen mit Mitra und Stab. Den mit Kränzen geschmückten Sarg trugen zwölf Kleriker mit brennenden Kerzen.

Unter den zahlreichen Trauergästen sah man Kardinal Frings von Köln, die Bischöfe Ehrenfried von Würzburg, Weber von Straßburg, Dietz von Fulda, Wendel von Speyer, v. Streng von Basel, den französischen Erzbischof Picard de la Vacquerie, die Weihbischöfe Fischer von Rottenburg, Dr. Burger von Freiburg, Metzroth von Trier sowie Erzbischof Baur von Beuron. Die evangelische Kirche war durch Landesbischof Bender (Karlsruhe) vertreten. Auch Gouverneur Pène und Vertreter des französischen Oberkommandierenden in Deutschland, Armeegeneral Koenig, nahm an den Trauerfeierlichkeiten teil.

Nach dem Einzug des Trauergeleites hielt Kardinal Frings das feierliche Pontifikalrequiem, während helles Morgenlicht durch die Fenster des Münsters drang. Der Bischof

von Mainz, Dr. Stohr, der vor zwölf Jahren aus den Händen des verstorbenen Oberhirten die Bischofsweihe empfangen hatte, hielt die Traueransprache. Er erinnerte an die Hirtenbriefe des Verstorbenen, zumal an den letzten Fastenhirtenbrief, und zeichnete ein Bild des feinsinnigen Menschen, den künstlerische Struktur ebenso ausgezeichnete hatte wie ein köstlicher Humor. Der Erzbischof sei wahrhaft ein Anwalt der Künste und der Kunstler gewesen und habe sich mit besonderer Liebe der Volkskunst und dem volkstümlichen Kirchengesang gewidmet. Erst künftige Jahrzehnte würden zeigen, welche tiefen Spuren Erzbischof Dr. Gröber im Amt der Erzdiozese hinterlassen habe. Bemerkenswert sei auch seine aufopfernde Tätigkeit für die Caritas. Dem Heimgegangenen sei bei seiner reich veranlagten Natur viel Leid zuteil geworden; er sei ein Kreuzträger großen Stils gewesen. Bischof Dr. Stohr erinnerte in seiner Ansprache an das Priesterjubiläum im Herbst, bei dem man den Erzbischof noch in voller Kraft erlebt hätte. Der Verstorbene sei uns immerdar ein Vorbild gewesen in der Kraft des Leidens. Dieser Kraft bedürften wir in den kommenden Jahrzehnten noch mehr als im zurückliegenden Kampfaberjahr. Der Bischof von Mainz gab zuletzt der Hoffnung Ausdruck, daß bald die Kulturgemeinschaft, die Liebesgemeinschaft des christlichen Abendlandes, wiederhergestellt werde.

Nach der Traueransprache nahm Kardinal Frings die Einsegnung der Leiche vor; darauf hielt er an der Begräbnisstätte in der Grafenkapelle die feierlichen Exequien ab.

Besatzungsmacht spricht Beileid aus

Nach dem Tode des Erzbischofs Dr. Conrad Gröber hat der Oberste Delegierte der Militärregierung in Deutschland für das Land Baden, Kommissar der Republik, Pène, persönlich dem Staatspräsidenten

seine Anteilnahme ausgesprochen und von nachstehendem Beileidsschreiben an den inzwischen erwähnten Kapitularvikar Kenntnis gegeben.

„Hochwürdiger Herr Kapitularvikar!“

Herr Schneider, der Staatssekretär für die deutschen und österreichischen Angelegenheiten, und Herr Armeegeneral Koenig, der französische Oberkommandierende in Deutschland, haben mich sofort nach Empfang der traurigen Nachricht vom Hinscheiden Seiner Exzellenz des hochwürdigen Herrn Dr. Gröber, Erzbischofs von Freiburg, beauftragt, Ihnen ihr Beileid zum Ausdruck zu bringen.

Sein Helmgang, der so dicht auf die Festlichkeiten aus Anlaß seines 50-jährigen Priesterjubiläums folgte, wird im ganzen Erzbistum Freiburg, das in ihm ein geistliches Oberhaupt von glühender Beredsamkeit, einen unerschrockenen Verteidiger der katholischen Kirche, einen Wecker des Geistes christlicher Sozialgesinnung verliert, tief empfunden werden.

Auch ich nehme teil an der Trauer, die das Erzbistum trifft, und bitte Sie, hochwürdiger Herr Kapitularvikar, mit meinem persönlichen Beileid die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung entgegenzunehmen.

gez. P. Pène.

Der letzte Gruß des Papstes

Am Sterbetag des Erzbischofs hatte der Generalvikar den Heiligen Stuhl von der Verschlimmerung im Befinden des Erzbischofs telegraphisch benachrichtigt. Daraufhin ist im Laufe des Abends das nachstehende Telegramm eingegangen:

Seine Heiligkeit, sehr betrübt über die Verschlimmerung im Befinden des verdienstvollen Erzbischofs übersendet ihm aus ganzem Herzen als Unterpfand reichen göttlichen Trostes in liebevoller Gesinnung den Apostolischen Segen und die Versicherung seines Gebets.

Beileid der Badischen Regierung

Staatspräsident Dr. Wohleb hat an den Domprobst, Weihbischof Dr. Burger, ein Beileidsschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Zum Hinscheiden des Herrn Erzbischofs Dr. Conrad Gröber bitte ich Ew. Exzellenz, den Ausdruck des tief empfundenen Beileids der Badischen Landesregierung entgegen zu nehmen, und ich darf Sie bitten, dieses unser Beileid auch den hochwürdigen Herren Mitgliedern des Domkapitels zu übermitteln.“

Der Tod des Erzbischofs Dr. Conrad Gröber hat weit über die Kreise der katholischen Bevölkerung hinaus Gefühle echten Schmerzes und wahrhafter Trauer hervorgerufen. Heute, da der Erzbischof nicht mehr unter uns weilt, wird das badische Volk in Dankbarkeit und treuer Verehrung sich der hohen Verdienste um unsere badische Heimat erinnern, die dem Verbliebenen für immer einen Platz in der Geschichte Badens und in den Herzen seiner Zeitgenossen sichern werden.“

Erzbischof Dr. Gröber, ein Sohn des badischen Volkes, hing mit größter Treue an seiner badischen Heimat und an unserem deutschen Vaterland. So wurde er zu einem wahren Volksbischof.

In den unheilvollen Jahren, die hinter uns liegen, ward der Erzbischof auch zum Bekennerbischof, da er furchtlos die ewigen Grundsätze der christlichen Religion, die unabdingbaren Forderungen des Evangeliums, die Würde der menschlichen Person und die Freiheit des Gewissens verteidigte. Als deutscher Patriot im edelsten Sinne des Wortes hat er tief unter dem furchtbaren Schicksal gelitten, in welches das deutsche Volk geführt wurde und unter dem es bis zum heutigen Tage leiden muß. Unter der neuen Ordnung der Dinge hat der verstorbene Erzbischof alles getan, an seinem Teil mitzuwirken an der Wiederherstellung der moralischen, staatlichen und sozialen Ordnung im Lande Baden.



Lahr und Umgebung

Stadtnotizen

Was ist aufgerufen? 200 Gramm Butter für Normalverbraucher und Teilselbstversorger nur in Brot von 6 bis 18 Jahren. 160 Gramm Oel für Normalverbraucher und Teilselbstversorger nur in Brot über 18 Jahre.

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten erfolgt vom 24. bis 27. Februar in den bekannten Lokalen. Selbstversorger aller Art erhalten ihre Karten am Samstag, 28. Februar, von 8 bis 12 Uhr. Nachzügler nur am Montag, 1. März, von 9 bis 12 und 15 bis 18 Uhr.

Brennholzversorgung 1948/49. Bei der nächsten Lebensmittelkartenausgabe werden auch die Vordrucke zur Beantragung von Brennholz für 1948/49 ausgegeben. Diese Anträge sind, vom Haushaltsvorstand genauestens ausgefüllt, bis spätestens 15. März im Neuen Rathaus, Zimmer 46 (Holz-Verteilungsstelle) unter Vorlage der Lebensmittelkarten abzugeben. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Im Antrag dürfen nur die Personen aufgeführt werden, die am Tage der Ausfüllung zum Haushalt gehören oder als Untermieter zur Wohngemeinschaft zählen.

Gedenkeier zur März-Revolution 1848

Aus der Stadtratssitzung — Die Zollbrücke und der schiefe Turm auf dem Schutterlindenberg

In Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters wurde die öffentliche Stadtratssitzung am 20. Februar vom 1. Beigeordneten, Stadtrat Honecker, geleitet. Zur Feststellung der Dringlichkeit wurde von Oberbaurat Nägele eine Anzahl Bau-gesuche vorgelegt. Folgende Gesuche wurden als dringlich anerkannt: die Firma Hermann Maier will einen Aufbau am Druckereigebäude und Erweiterung der Druckerei vornehmen; Bäckermeister Emil Erb beabsichtigt, das Lager zu erweitern und die Backstube zu vergrößern; im Gartenbaubetrieb Max Klose soll das zerstörte Gewächshaus wieder errichtet werden; die Firma Emil Waeldin will einen Fabrikraum errichten, um die Fabrikation von Gold- und Silber-leder für den Export wieder aufnehmen zu können; Herr Georg Riedmüller plant einen Umbau des Dachgeschosses und Anbau für eine Wohnung; Herr Adolf Dürr beabsichtigt, in der Hochstraße ein Holzhaus zu errichten. Die Firma Olex reichte ein Gesuch zur Erstellung einer Zapfsäule Ecke Burghheimer- und Friedrichstraße ein. Um das Straßenbild nicht zu verschlechtern, stellt der Stadtrat die Bedingung, daß die Zapfsäule im Innern des Bettingerschen Anwesens erstellt wird. Zwei Bauherren, die ohne Genehmigung gebaut haben, wurden der Baupolizei angezeigt.

Die Kleiderfabrik Weber bittet um Ueberlassung eines Baugeländes in der Friedhofstraße, dessen Besitzerin die Stadt ist, im Erbbaurecht. Als Gegenleistung verspricht sie, einen größeren Prozentsatz der für den zivilen Sektor freigegebenen Produktion im Kreis Lahr zu verkaufen.

Weiter berichtete Oberbaurat Nägele über den Stand der Verhandlungen mit dem Forstamt über Zuweisung von Bauplätzen für Dienstwohnungen der Revierförster und über den Verlauf der Verhandlungen mit Hafnermeister Fleig, der mit der Zuweisung des Grundstückes Friedensheim 103 im Erbbaurecht einverstanden ist, jedoch für die Dauer von 99 statt 70 Jahren, was der Stadtrat ablehnte. Ein Antrag der Schreinermeister Ferber Erben auf Tausch des Straßengeländes im Turmgäßchen gegen Grundstücksteile an der Kreuzstraße wurde genehmigt.

Bürgermeisterversammlung in Allmannsweier

Eine Reihe hochwichtiger Fragen stand auf der Tagesordnung der im Gasthaus „zur Linde“ in Allmannsweier abgehaltenen amtlichen Bürgermeisterversammlung des Landkreises Lahr, die von Landrat Dr. Joachim (Offenburg) mit großer Sachkenntnis geleitet wurde. In seiner einleitenden Ansprache betonte er, daß er nur vorübergehend den Landkreis Lahr zu betreten gedachte. Die Grundlage unserer Ernährungswirtschaft bilden die Erhebungen über die Bodenbenutzung; hier müssen wir endlich zu klaren Zahlen kommen. Ferner müssen wir mit allem Nachdruck versuchen, die Milchablieferung, die in den letzten Monaten stark im Sinken begriffen ist, zu steigern. Der Landrat ernannte die Bürgermeister, dafür Sorge zu tragen, daß die Landwirte auch die geringsten Mengen an Milch zur Sammelstelle bringen. Sodann ernannte der Geschäftsführer der Landkreisselbstverwaltung, Delfosse, die Anwesenden um Meldung von Freistellen für die Kinder- und Jugendverschiebung. Ferner sollen die Landgemeinden zu einer Besserung der Speisung der in Erholungsorten weilenden Kinder nach besten Kräften beitragen. Unter Hinweis auf das neu eröffnete TBC-Heim in Eitenheimmünster bat der Redner um Unterstützung aller Gemeinden, um auch hier fördernd und helfend eingreifen zu können.

Ein ausgiebiges Referat hielt Kreisbrandmeister Voegelé (Eitenheim) über das Feuerlöschwesen im Kreis Lahr. Er unter-

Kreiskommandant de Rendinger verabschiedete sich am Montag mit warmen Worten der Anerkennung für die gute Zusammenarbeit von den Herren der Stadtverwaltung und den Fraktionsführern der Parteien. Stadtrat Honecker überreichte dem Kommandanten im Auftrag des Oberbürgermeisters eine von Metallbildhauer Hayno hergestellte Vase.

Der Obst- und Gartenbauverein hielt am 19. Februar eine Mitgliederversammlung im Pflugsaal ab, die sich eines starken Besuches erfreute. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag von Obstbau-Inspektor Danner, Eitenheim über „Der Obstbau im Kleingarten“. Der Redner verstand es, die Anwesenden über die wichtigsten Voraussetzungen für den Obstbau im Kleingarten, sowie über Formen und Sorten der zu pflanzenden Obstbäume und Beerensträucher zu unterrichten. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Mitglieder noch über den Samenbezug, die Ausgabe der Mitgliedskarten und Einzug der Mitgliederbeiträge unterrichtet.

Der Meisterboxer. Der Beginn der Vorstellung am Mittwoch, 25. Februar, ist auf 18.15 Uhr festgesetzt, worauf noch besonders hingewiesen wird.

Neue Klassenlotterie. Mit der Ziehung am 17. März beginnen die Gewinnspiele der neu errichteten 1. Südwestd. Klassenlotterie. Die Lotterie besteht wie die früheren Klassenlotterien aus 5 Ziehungen (Monate). Aufgrund des günstigen Gewinnplans werden auch diesmal wieder zahlreiche Spieler ihr Glück versuchen, sodaß der sofortige Ankauf der Lose, auch im Hinblick auf die beschränkte Loseanzahl, dringend empfohlen wird. Die hiesige staatliche Lotterieleitung Furler ist täglich geöffnet und bietet somit Jedermann Gelegenheit zum Kauf eines Loses.

Ueber den Stand der Bauarbeiten an der Zollbrücke teilte Oberbaurat Nägele mit, daß dank der Unterstützung durch das Arbeitsamt und der Militärregierung nunmehr neun Hilfsarbeiter und zwölf Mann aus dem Interniertenlager eingesetzt werden können. Das Hochwasser habe großen Schaden zugefügt. Die Kosten zur Behebung dieser Schäden belaufen sich auf 11.000–12.000 Mark. Falls keine neuen Schwierigkeiten auftreten, könne mit Fertigstellung der provisorischen Fährbahn bis Ende Mai gerechnet werden.

Ein Gesuch der Firma Blaschka um Ueberlassung von Baumaterial (4000 Backsteine) der früheren Kochschule im Friedensheim oder der Kinderschule in der Waldstraße wurde abgelehnt. Mit der Errichtung einer Baracke für Asoziale auf dem aufgefüllten Eisweiher erklärten sich die Stadträte einverstanden.

Schließlich berichtete der Oberbaurat noch daß vom Turm auf dem Schutterlindenberg, die unteren Strebene gestohlen wurden, sodaß der Turm schiefe steht, und zwar an der Spitze bereits 2 Meter über der Senkrechten. Vermessungsrat Brunn habe die Einsturzgefahr bereits weitergemeldet, worauf die Genehmigung zum Abbruch des Turmes erteilt wurde, falls keine Kosten entstehen. Die Stadt habe sich damit einverstanden erklärt, wenn ihr das anfallende Holz zukomme. Mit den Abbrucharbeiten des 25 Meter hohen Turmes werde in den nächsten Tagen begonnen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde die Gedenkeier zur März-Revolution 1848 behandelt. Stadtrechtsrat Neck teilte mit, daß der Oberbürgermeister an eine überparteiliche und unpolitische Feier denke. Die Ansicht der Stadträte ging dahin, daß es sich bei dieser Feier nicht ausschließlich um eine historische, sondern um eine sehr politische Angelegenheit handle, und daß in dieser Feier alle vier Parteien zu Worte kommen müßten. Ein Antrag des Stadtrats Zapp, daß die Stadtverwaltung Trägerin dieser Feier sein, und daß jede Partei einen Redner stellen soll, wobei die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt wird, wurde einstimmig angenommen. Außerdem wurde beschlossen, ein Festkomitee zu bilden, das sich aus den Fraktionsführern zusammensetzt.

richtete die Versammlung über den Neuaufbau der Feuerwehren nach dem Zusammenbruch und gab ein umfassendes Bild von der Organisation der Alarmierung der Feuerwehr im Ernstfall. Landrat Dr. Joachim unterstrich die Ausführungen des Kreisbrandmeisters mit dem Hinweis darauf, daß es gilt, das wenige noch vorhandene Volksvermögen möglichst zu erhalten.

Hauptpunkte der Ausführungen des Forstrats Neithardt waren die Bekämpfung der Schädlinge unseres Waldes und die Brennholzversorgung der Bevölkerung. Das Hauptaugenmerk muß auf den Borkenkäfer gewendet werden, der am stärksten in den Waldungen auf dem Schönbach, in Prinzbach und in Schuttertal sich eingenistet hat.

Der nächste Vortrag — gehalten von Oberbaurat Nägele — behandelte das Thema Umditz-Regulierung und rief eine längere Debatte hervor.

Einen breiten Raum in den Beratungen nahm das Referat des Leiters des Landwirtschaftsamts, Regierungsrat Pflaum, ein, der die hohe Bedeutung einer sachgemäßen und wahrheitsgetreuen Anbauplanung für unsere gesamte Ernährungswirtschaft unterstrich. Im Verlauf der Aussprache in der Nachmittags-sitzung kam der Wunsch zum Ausdruck, das Ministerium möge dafür Sorge tragen, daß mit dem dauernden Wechsel in der Besetzung des Landratspostens für den Landkreis Lahr Schluß gemacht wird.

Vom Hilfswerk zum Roten Kreuz

Die Gründungsfeier des Bad. Roten Kreuzes in Lahr — Die Leistungen des Hilfswerks

Nach zweijähriger Tätigkeit des Bad. Hilfswerks wurde am 8. Januar in Freiburg das Badische Rote Kreuz gegründet. Damit wurde die führende Wohlfahrtsorganisation unseres Landes wieder dem großen internationalen Verband angeschlossen. Am Sonntagvormittag hielt der Kreisverein Lahr im Pflugsaal die Gründungsfeier ab, die zugleich Abschiedsfeier und Dank für das Bad. Hilfswerk war.

Sinnvoll wurde die Feier mit dem Mozart-Chor „Brüder reicht die Hand zum Bunde“ eingeleitet. Nach dem Allegro aus Haydns Trio in D-Dur, ausgeführt vom Klaviertrio (mit den Herren Theo Klein, Karl Beyerle und Wilhelm Wehrdt) und Schillers hymnischem Gedicht „Freude schöner Götterfunke“, vorgetragen von Herrn Franz Josef Hansen, gab der Kreisvorsitzende des Bad. Hilfswerks und kommissarische Vorsitzende des Bad. Roten Kreuzes, Herr Max Waeldin, in seiner Ansprache einen Rechenschaftsbericht über die Leistungen des Bad. Hilfswerks seit seiner Gründung. Herr Waeldin begrüßte zunächst die zur Feier erschienenen Vertreter der Militärregierung und des Französischen Roten Kreuzes, den Delegierten der Schweizerperspektive für ganz Deutschland, Herrn Ernst, die Leiterin der Kinderheimaktion, Fräulein Kündig, und als weiteren Schweizer Delegierten Herrn Dr. Knoche, den Vertreter des Präsidiums des Bad. Roten Kreuzes, Generalsekretär Heß, die Vertreter der Behörden, Schulen, Konfessionen, der Ärzteschaft und der Vereine. Sodann dankte der Redner den ehrenamtlichen Kräften, die seit 20 Jahren und mehr, in Einzelfällen sogar 40 Jahre lang in selbstloser Pflichterfüllung im Dienste des Roten Kreuzes stehen. Anschließend folgte der höchst aufschlußreiche Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Bad. Hilfswerks, dem es gelungen ist, innerhalb kurzer Zeit ein soziales Werk aufzubauen, das weit über den Rahmen des Kreises hinaus Ansehen und Anerkennung genoß. Die Arbeit des Hilfswerks umfaßte folgende Gebiete: Kriegsgefangenenfürsorge, Unterstützung der Kriegshinterbliebenen, Witwen u. Waisen, Fürsorge der Kriegsverletzten, Kinderbetreuung, Unfalldienst, Volksküche und die Verteilung internationaler Spenden. Für Unterstützung an bedürftige Familien von Gefallenen, Kriegsgefangenen und Kriegsverletzten wurden 50.000 Mark für Kinderbetreuung und Kinderheimverschickung 54.000 Mark, für Schulspeisung 10.000 Mark ausbezahlt. 360 Kinder wurden im vergangenen Jahre in die Kinderheime Todtnau, Rippoldsau und Schenkenzell verschickt. 7560 Kilo Lebens-

mittel wurden in die Kinderheime geliefert. Die Schulspeisung kam insgesamt 5685 Kindern zugute, 19.509 Kilo Lebensmittel wurden hierfür von der „Schweizer-Spende“ gratis zur Verfügung gestellt, 176.655 Portionen sind bisher ausgegeben worden. Die Volksküche speist täglich 400 Gäste, 90.000 Portionen sind insgesamt ausgegeben worden. Im Rahmen der Kriegsversehrtenbetreuung war die Umschulung der Kriegsversehrten in Lahr eine vorbildliche Leistung, die auch von der Behörde anerkannt wurde. Am Weihnachtsfest wurden über 1600 Personen beschert. Die Wärmehalle bot vielen alten, bedürftigen Leuten Schutz vor dem Erfrieren. Herr Waeldin sprach allen Mitarbeitern seinen Dank aus, insbesondere Herrn Dr. Leist.

Nach diesem stolzen Rechenschaftsbericht wies der Redner darauf hin, daß das Land Baden als erstes der Genfer Konvention beitrug. Die Grundgedanken des Roten Kreuzes seien Neutralität, Unabhängigkeit, Selbstlosigkeit. Es sei interkonfessionell und unpolitisch. Es wirke für den Frieden und arbeite für eine intensive Fürsorge der Volksgesundheit. Die Zugehörigkeit zu dieser Organisation verpflichte zu höchster Arbeit im Dienste der Menschlichkeit und christlichen Nächstenliebe. Mit dem Appell an alle Mitbürger des Kreises Lahr, im Sinne der hohen Gedanken des Roten Kreuzes mitzuhelfen, schloß der Redner.

Nach dem Gedicht „Tätigkeit“ von Goethe sprach der Herr Kreiskommandant de Rendinger. Er hob nochmals die vorbildliche Arbeit des Bad. Hilfswerks Lahr hervor, das mit an der Spitze des Landes stehe und benütze die Gelegenheit, um sich von der Lahrer Bevölkerung zu verabschieden und ihr für die Mitarbeit und Unterstützung, die er während der 2½ Jahre seiner Tätigkeit erfahren habe, zu danken.

Im Auftrage des Landrats übermittelte Regierungsrat Grün die besten Wünsche für eine segensreiche Tätigkeit des Roten Kreuzes. Für den erkrankten Oberbürgermeister sprach der 1. Beigeordnete, Stadtrat Honecker, dem Bad. Hilfswerk den Dank der Stadtverwaltung aus und sagte dem Roten Kreuz die gleiche Unterstützung und Förderung von Seiten der verantwortlichen Männer der Stadt zu. Im Namen der Kriegsschädigten dankte Herr Delfosse dem Bad. Hilfswerk für die gerade während der Uebergangszeit so wesentliche Hilfe.

Das Rondo in C-Dur von Haydn und die „Waldensnacht“ von Joh. Brahms (gesungen vom Volksschor) beschlossen die eindrucksvolle Feier.

Geroldseck, Geroldsau, Geroldstal . . .

Burg Geroldseck ist das Wahrzeichen unserer heimatlichen Landschaft. Walter von Geroldseck erbaute die Lahrer Tiefburg und legte damit den Grund zur Stadt Lahr. Vor 800 Jahren wird Schloß Geroldseck urkundlich erstmals genannt. Der Name ist zu deuten als Eck, d. h. Burg des Gerold. Ein Ritter Gerold von Geroldseck wird freilich in keiner Urkunde genannt.

Abgesehen von den Burgen Geroldseck in Tirol und im Elsaß findet sich der Name Gerold in einer Anzahl anderer Ortsbezeichnungen des badischen Landes. Ein bei Lichtenau unweit Baden-Baden gelegenes Dörflein heißt Geroldsau. Merkwürdigerweise hieß dieser Ort im Mittelalter Geroldshaus. Er wird 1253 urkundlich erstmals als „Gerhartisowe“ genannt. Eine Oedung bei Obersteinweiler im Kreis Ueberlingen nennt sich Geroldshalden, urkundlich „Geroldshaldun“ im Jahre 1220. Nördlich von Käferthal, an der hessischen Grenze, bestand im Mittelalter ein Ort Geroldshaus (1208: Geroldshaus). Zur Gemarkung Mettenberg unweit Bonndorf im Schwarzwald zählt das kleine Dorf Geroldshofstetten (1289: Geroltshofstetten). Mit der Grafenschaft Bonndorf kam der kleine Ort 1806 an Baden. Zur Gemeinde Oberried gehört der Zinken Geroldstal (1292: Geroldstal). Er zählte früher zum Priorat Oberried innerhalb der österreichischen Landgrafschaft Breisgau und kam 1805 an Baden. Zwischen Schenkenzell und Schiltach lag einst ein Geroldshäuser Hof, im Fürstenbergischen Gebiet (1560: Geroltzheuserhoff). Zwischen Buchen und Amorbach, im Odenwald, liegt das Dorf Geroldshaus, einst zum Kloster Amorbach zählend (1395: Geroldsthan). Der Ort wurde 1806 badisch.

Die Aufzählung dieser Ortsbezeichnungen bezeugt, daß der Name Gerold in früherer Zeit ziemlich verbreitet war.

Blick in die Landgemeinden

Ichenheim. Im Alter von nahezu 77 Jahren starb Josef Bindert, und im Alter von annähernd 85 Jahren Wilhelm Allgeier. Die beiden Verstorbenen wurden unter großer Anteilnahme zur letzten Ruhe beigesetzt.

Meissenheim. Vor kurzer Zeit konnte der Landwirt und langjährige Gemeinderat Wilhelm Zürcher I im Kreise seiner Angehörigen in guter körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag feiern. — Am 18. Februar feierte Frieda Baumann Witwe ihren 77. Geburtstag.

Ottenheim. In diesen Tagen konnten zwei Altersjubilare ihren Geburtstag feiern: Andreas Heimbürger, Landwirt wurde 81 Jahre; und der Landwirt Friedrich Glaser 70 Jahre alt.

Die Aufbauarbeiten an der evangelischen Kirche sind in vollem Gange. In der vergangenen Woche konnte das Richtfest gefeiert werden. Der Dachstuhl ist fertig; es wäre zu wünschen, daß die weiter gebrauchten Ma-

terialien bald eintreffen. An hilfsbereiten Händen zur Fortsetzung des Baues wird es nicht fehlen.

Kürzell. Am 22. Februar beging Frau Karoline Lauble ihren 77. Geburtstag. Am 24. Februar kann Frau Marie Baumann ihren 70. Geburtstag feiern.

Wallburg. Die Vorerhebung zur Bodenbenutzungsaufnahme 1948, das ist die Erfassung sämtlicher Flächen in der Gemarkung ohne Rücksicht auf Bodenstruktur, ist abgeschlossen. Die Gemarkungsfläche wird demnach zu 80 Prozent von eigenen landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftet, 16 Prozent entfallen auf fremde Gemeinden; der Rest sind Wege, Gewässer usw. (3 Prozent) und Kleinbetriebe unter 50 Ar Größe. Von den fremden Gemeinden, die an der Gemeindefläche beteiligt sind, steht Schmieheim mit 75 Prozent vor Eitenheim (14 Prozent), Münchweiler, Altdorf, Mahlberg, Sulz, Orschweiler, Schuttertal, Herbolzheim, Freiburg und Eitenheimmünster.

Münchweiler. Am 22. Februar feierte unser Mitbürger Franz Höhn seinen 80. Geburtstag.

Seelbach. Am Sonntag, 15. Februar hielt der Sportverein seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende Albert Braun eröffnete die Versammlung, wonach Schriftwart Rudi Faist den Tätigkeitsbericht und Kassenwart Franz Vögelé den Kassenbericht erstattete. Desgleichen gaben die Sportwart Wilhelm Kempf für den Handball und Josef Eble für den Fußball einen Bericht über die sportliche Betätigung ihrer Abteilungen im vergangenen Jahre. In die Vorstandschaft wiedergewählt wurden: 1. Vorsitzender Albert Braun, 2. Vors. Alfons Obert, Schriftwart Rudi Faist und Kassenwart Fr. Vögelé. Neu in die Vorstandschaft gewählt wurden: Paul Faist als Vorsitzender des Sportausschusses, sowie Frau Marie Obert als Leiterin der Sportlerinnenabteilung. Der wohl wichtigste Punkt der Tagesordnung bestand in der endgültigen Regelung der Sportplatzfrage. Durch Beschluß der Gemeindeverwaltung wurde nunmehr wieder der alte Sportplatz des ehemaligen Turnvereins dem heutigen Sportverein Seelbach zur künftigen Benützung freigegeben, nachdem sich der seit Kriegsende benützte behelfsmäßige Sportplatz als wesentlich zu klein und ungeeignet erwiesen hatte. Die durch die Wiederinbetriebnahme des alten Sportplatzes in Wegfall kommenden Kleingärten sollen auf anderes gemeindeeigenes Gelände verlegt werden.

Seelbach. Am 18. Februar beging der älteste Mitbürger unseres Ortes, der im Ortsteil Steinbach wohnhafte Werkmeister i. R. Konrad Reich seinen 85. Geburtstag. Am 19. Februar vollendete der in der Bahnhofstraße wohnhafte Ortsrechner i. R. Josef Spothelfer sein 82. Lebensjahr. — Vor wenigen Tagen verschied unerwartet rasch die im 77. Lebensjahr stehende Frau Maria Obert geb. Krämer. Die Genannte war die Witwe des verstorbenen Werkmeisters Hermann Obert.

